

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

18. WP - 14. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 21. November 2012, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Dr. Axel Bernstein (CDU)	
Petra Nicolaisen (CDU)	
Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Beate Raudies (SPD)	i.V. von Simone Lange
Tobias von Pein (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i.V. von Ines Strehlau
Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i.V. von Wolfgang Kubicki
Wolfgang Dudda (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

**Weitere Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Innenministers zu Inhalt und Hintergründen aktueller Abschiebeverfahren in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU) <a href="#">Umdruck 18/368</a>	
(Dieser Tagesordnungspunkt wird voraussichtlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV und § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich beraten.)	
<b>2. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes sowie der Verwaltungsgerichte und Regierungsbehörden in Sachsen-Anhalt und Bayern zum Ruhenlassen von Jagdrevieren</b>	<b>6</b>
Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Oktober 2012 - Az. 1 BvR 1795/08, 1 BvR 2120/10 und 1 BvR 2146/10 - <a href="#">Umdruck 18/344</a> (intern)	
<b>3. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes, des Verwaltungsgerichtes Berlin und der Filmförderungsanstalt - AÖR - zur Erhebung der Filmförderungsabgaben</b>	<b>7</b>
Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2012 - Az. 2 BvR 1561/12 bis 1564/12 <a href="#">Umdruck 18/358</a> (intern)	
<b>4. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht betr. Organstreitverfahren von Mitgliedern der Fraktion der PIRATEN gegen den Schleswig-Holsteinischen Landtag wegen Funktionszulagen</b>	<b>8</b>
Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 1. November 2012 - Az. LVerfG 13/12 <a href="#">Umdruck 18/357</a> (intern)	
<b>5. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes</b>	<b>9</b>
Gesetzesentwurf der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/196</a>	

- 6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein** **10**
- Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/283](#)
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein** **11**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/307](#)
- 8. Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreise (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung)** **12**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/310](#)
- 9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften** **13**
- Gesetzentwurf der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/277](#)
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften** **14**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 18/253](#)
- 11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz** **15**
- Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/296](#)
- 12. Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität der Telekommunikation** **16**
- Antrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/311](#)
- 13. Verschiedenes** **17**

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Innenministers zu Inhalt und Hintergründen aktueller Abschiebeverfahren in Schleswig-Holstein**

Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU)

[Umdruck 18/368](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 LV und § 17 Abs. 1 Satz 2 GeschO nicht öffentlich beraten (siehe nicht öffentlicher Teil der Niederschrift).

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes sowie der Verwaltungsgerichte und Regierungsbehörden in Sachsen-Anhalt und Bayern zum Ruhenlassen von Jagdrevieren**

Schreiben des Vorsitzenden des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Oktober 2012

Az. 1 BvR 1795/08, 1 BvR 2120/10 und 1 BvR 2146/10

[Umdruck 18/344](#) (intern)

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes sowie der Verwaltungsgerichte und Regierungsbehörden in Sachsen-Anhalt und Bayern zum Ruhenlassen von Jagdrevieren, [Umdruck 18/344](#) (intern), keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes, des Verwaltungsgerichtes Berlin und der Filmförderungsanstalt - AöR - zur Erhebung der Filmförderungsabgaben**

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2012 - Az. 2 BvR 1561/12 bis 1564/12

[Umdruck 18/358](#) (intern)

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes, des Verwaltungsgerichtes Berlin und der Filmförderungsanstalt - AöR - zur Erhebung der Filmförderungsabgaben, [Umdruck 18/358](#) (intern), keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht betr. Organstreitverfahren von Mitgliedern der Fraktion der PIRATEN gegen den Schleswig-Holsteinischen Landtag wegen Funktionszulagen**

Schreiben des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgerichts vom 1. November 2012 - Az. LVerfG 13/12

[Umdruck 18/357](#) (intern)

Die Vertreter der Fraktionen von SPD, CDU und FDP schlagen vor, dem Landtag zu empfehlen, eine Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht mit dem Tenor abzugeben, die Klage abzuweisen, und den Landtagspräsidenten um die Beauftragung eines Verfahrensbevollmächtigten zu bitten.

Abg. Dudda weist auf das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes in dieser Sache hin und darauf, dass man bisher auf eine Vertretungsvollmacht verzichtet habe.

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag bei Enthaltung der PIRATEN mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und des SSW, in dem Verfahren vor dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht betr. Organstreitverfahren von Mitgliedern der Fraktion der PIRATEN gegen den Schleswig-Holsteinischen Landtag wegen Funktionszulagen, [Umdruck 18/357](#) (intern), eine Stellungnahme abzugeben, in der die Abweisung der Klage vertreten wird, und den Landtagspräsidenten zu bitten, einen Verfahrensbevollmächtigten zu bestellen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/196](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Vor dem Hintergrund der derzeit stattfindenden Überlegungen, eine Enquetekommission oder ein anderes Gremium einzurichten, das sich mit der Überarbeitung der Landesverfassung beschäftigen solle, schlägt Abg. Dudda vor, den Gesetzentwurf im Innen- und Rechtsausschuss derzeit nicht zu beraten und dann dem noch zu gründenden Gremium zu überweisen.

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, die Beratungen bis spätestens April 2013 zurückzustellen und abzuwarten, wie die Frage, in welcher Form die Landesverfassung überarbeitet werden solle, bis dahin beantwortet werde.

Vor dem Hintergrund dieser Verfahrensvorschläge beschließt der Ausschuss, seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur Stärkung der verfassungsmäßigen Rechte des Landtags und des Volkes, [Drucksache 18/196](#), zunächst zurückzustellen und spätestens im April 2013 zur Beratung aufzurufen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/283](#) (neu)

(überwiesen am 16. November 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

- Verfahrensfragen -

Vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/283](#) (neu), unverändert anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/307](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Auch diesen Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung, [Drucksache 18/307](#), vertagt der Ausschuss bis zur Gründung eines Gremiums, das sich mit der Überarbeitung der Landesverfassung beschäftigt, beziehungsweise spätestens bis April 2013.

Vor dem Hintergrund der Beratung des Europaausschusses über den Antrag der Fraktion der CDU, Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg, [Drucksache 18/178](#), und dessen Beschluss, in diesem Zusammenhang ein Schreiben an die Hamburger Bürgerschaft zu richten, bittet der Innen- und Rechtsausschuss darum, in diesem Schreiben auch darauf hinzuweisen, dass sich zurzeit auch der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/307](#), im Beratungsverfahren im Landtag, beziehungsweise des Innen- und Rechtsausschusses, befinde, der einen Vorschlag zur Aufnahme eines zusätzlichen Artikels 49 b, Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften, in die Landesverfassung enthalte.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreise (Gesetz zur Stärkung der kommunalen Bürgerbeteiligung)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/310](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt, zum Gesetzentwurf für Bürgerbeteiligung und vereinfachte Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Schleswig-Holsteins Gemeinden und Kreisen, [Drucksache 18/310](#), eine schriftliche Anhörung und im Anschluss daran eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, ihre Anzuhörenden für die schriftliche Anhörung bis zum 30. November 2012 und für die mündliche Anhörung bis zum 14. Januar 2013 gegenüber der Geschäftsführung zu benennen. Als Termin für die mündliche Anhörung wird der 30. Januar 2013 festgelegt.

Auf Vorschlag von Abg. Dudda kommt der Ausschuss überein, den Gesetzentwurf der Volksinitiative zu diesem Thema, [Drucksache 18/224](#), in das Anhörungsverfahren mit einzubeziehen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/277](#)

(überwiesen am 16. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, in der heutigen Sitzung in der Sache abzustimmen.

Abg. Dr. Garg bedauert es, dass aus dem zuständigen Innenministerium kein Vertreter mehr anwesend sei, um Fragen aus dem Ausschuss zu beantworten. Ihn interessiere, wie viele Gemeinden von dieser Gesetzesänderung betroffen wären. - Der Ausschuss bittet daraufhin grundsätzlich um Anwesenheit eines Vertreters der zuständigen Ministerien der Landesregierung bei seinen Beratungen, auch wenn der Tagesordnungspunkt mit „Verfahrensfragen“ auf der Tagesordnung ausgewiesen sei.

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf ab und empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der CDU die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften, [Drucksache 18/277](#).

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/253](#)

(überwiesen am 16. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung vollstreckungsrechtlicher Vorschriften, [Drucksache 18/253](#), ab und empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum  
GKV-Versorgungsstrukturgesetz**

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der  
Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/296](#)

(überwiesen am 15. November 2012 an den **Sozialausschuss** und den Innen-  
und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Innen- und Rechtsausschuss schließt sich dem Verfahren des federführenden Sozialaus-  
schusses an. Er bittet den federführenden Sozialausschuss, ihn gegebenenfalls in die Durch-  
führung von Anhörungen mit einzubeziehen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität der Telekommunikation**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/311](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

- Verfahrensfragen -

Abg. Nicolaisen bittet darum, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten, da es noch Beratungsbedarf innerhalb der CDU-Fraktion gebe.

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt auf eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses am Montag, dem 10. Dezember 2012, 10 Uhr, zu verschieben. - Der Ausschuss schließt sich einvernehmlich diesem Verfahrensvorschlag an.



Punkt 13 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss beschließt, am 10. Dezember 2012, 10 Uhr, eine zusätzliche Sitzung durchzuführen und in der Sitzung unter anderem seine Beratungen zum Thema Glücksspielwesen, [Drucksachen 18/79](#) und [18/104](#), fortzusetzen und dem Landtag zu seiner Dezember-Tagung dazu eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Das Wirtschaftsministerium wird gebeten, in dieser Sitzung über das Ergebnis des am 7. Dezember 2012 auslaufenden Notifizierungsverfahrens zu berichten.

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin